

# mandatsmeldung.



APRIL  
2023

## INHALTE

U-Ausschuss zu Scholz/Warburg  
Michael Frieser, S. 1

Ampel macht Bauen & Wohnen teurer  
Sebastian Brehm, S. 2

Flüchtlingskrise: Kanzler in der Pflicht  
Tobias Winkler, S. 2

132. Dachbodengespräch in Schwabach  
Karl Freller, S. 3

Theater bedeutet Anwesenheit  
Barbara Regitz, S. 3

Update U-Ausschuss Zukunftsmuseum  
Jochen Kohler, S. 4

Zukunftsprozess "Bayern 2030"  
Hans Herold, S. 4

CSU gegen Gebäudesanierungspflicht  
Petra Guttenberger, S. 5



## U-AUSSCHUSS ZU SCHOLZ/WARBURG

Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde,

das Agieren Hamburgs unter der Verantwortung des damaligen Ersten Bürgermeisters und jetzigen Kanzlers Olaf Scholz in der Steueraffäre M.M.Warburg & CO Bank wirft schwerwiegende Fragen auf, die unseres Erachtens in einem Untersuchungsausschuss aufgeklärt werden müssen. Die Hamburger Privatbank war in illegale Cum-Ex-Geschäfte verwickelt und hat so 280 Millionen auf Kosten der Steuerzahler erlangt. Sie hätte allein für Cum-Ex-Geschäfte aus dem Jahr 2009 47 Millionen Euro zurückzahlen müssen, aber die Finanzbehörde Hamburg ließ die Rückforderung bewusst in die Verjährung laufen. Zur Rückforderung weiterer 43 Mio. Euro musste die Behörde vom Bundesfinanzministerium per Weisung gezwungen werden. Wir reden also von 90 Millionen Euro Tatbeute aus kriminellen Cum-Ex Geschäften, auf die die Hansestadt verzichten wollte. Es gab drei Gespräche zwischen Olaf Scholz und dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank, Christian Olearius, an die sich der Bundeskanzler nicht erinnern können will. Es gab hohe Spenden der Warburg Bank an die SPD. Und es gibt zahllose offene Fragen. In Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit muss restlos aufgeklärt werden, ob es eine politische Einflussnahme auf die Hamburger Behörden gab. Das wollten vor den Ampelzeiten auch noch die Grünen und die FDP. Unsere Aufklärungsversuche der letzten Monate unterstützen die Ampelfraktionen plötzlich nicht. Auch nach der Regierungsbefragung des Bundeskanzlers und parlamentarischen Anfragen bleiben zahlreiche Fragezeichen. Seit zwei Jahren bemüht sich ein Hamburger Untersuchungsausschuss Licht ins Dunkle zu bringen. Aber das reicht nicht aus, da der Sachverhalt in erheblichem Umfang bundespolitische Bezüge aufweist. Es geht nicht nur um die einheitliche Durchsetzung von Bundesrecht, sondern auch ganz konkret um Steuereinnahmen des Bundes. Der Umgang mit der Affäre Warburg durch Olaf Scholz in seinen bundespolitischen Ämtern kann nur und muss daher durch einen Ausschuss auf Bundesebene genauer beleuchtet werden.

Beste Grüße

Euer Michael Frieser

Bezirksvorsitzender & MdB Nürnberg-Süd/Schwabach

*"Die CSU wird alle Hebel in Bewegung setzen, um die Ampelpläne zu durchkreuzen."*

**Sebastian Brehm**  
MdB Nürnberg-Nord  
[Website](#)



## AMPEL MACHT BAUEN UND WOHNEN TEURER

Schock für Hausbesitzer und Mieter: Rot-Grün-Gelb will trotz aller Warnungen ab Jahresbeginn 2024 Schluss machen mit herkömmlichen Erdgas- und Öl-Heizungen. Neue Heizungen müssen danach mindestens zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden. Sonst drohen Bußgelder bis zu 50.000 Euro. Betroffen sind 75 Prozent aller Wohnungen in Deutschland. Ab 2044 soll sogar vollständig Schluss sein mit fossilen Brennstoffen. Faktisch bedeutet dies den Zwang zum Einbau von Wärmepumpen. Technologieoffenheit gibt es nur auf dem Papier. Auf Eigentümer und Mieter rollt eine Kostenlawine zu. Bei älteren Bauten reicht eine Wärmepumpe allein nicht aus. Hier kommen noch die Kosten für die energetische Sanierung des Hauses hinzu. Für Mieter bedeutet dies am Ende einen ordentlichen Mietaufschlag durch die Modernisierungumlage. Für viele ältere Eigentümer bedeutet das Gesetz eine kalte Enteignung, die Vernichtung eines Teils ihrer Alterssicherung. Da nützen Umrüstungshilfen wenig. Ältere Eigentümer könnten schon daran scheitern, die trotzdem erforderlichen Kredite zu bekommen. Sie können nur hoffen, dass die alte Heizung durchhält, bis sie 80 Jahre alt sind. Mit 80 sind sie vom Heizungs austausch ausgenommen. Die Hilfen könnten sich am Ende für viele gar als leeres Versprechen entpuppen. Bei der Vorstellung der Pläne verhedderte sich Habeck im eigenen Fördergerüst. Das lässt nichts Gutes erwarten. Die CSU wird alle Hebel in Bewegung setzen, um die Ampelpläne im Interesse von Eigentümern und Mietern zu durchkreuzen. Klimapolitik ist wichtig. Klimaschutz mit der grünen Brechstange aber fährt Wirtschaft, Arbeitsplätze, Wohlstand und Umwelt absehbar vor die Wand.

*"Die EU muss Schleppern und Schleusern die Geschäftsgrundlage entziehen!"*

**Tobias Winkler**  
MdB Fürth  
[Website](#)



## FLÜCHTLINGSKRISE: KANZLER IN DER PFLICHT!

Im vergangenen Jahr lag die Zahl der Kriegsflüchtlinge und Asylbewerber, die nach Deutschland kamen, bei ca. 1,2 Millionen. Neben rund einer Million Ukrainern kamen vorwiegend aus Afghanistan, Syrien und dem Irak über 200.000 weitere Menschen hinzu. Heuer sieht es ähnlich aus. Seit Jahresbeginn kamen jeden Tag etwa 1.000 Flüchtlinge zu uns, 30.000 pro Monat. Der Migrationsdruck lastet besonders auf den Städten und Gemeinden, die täglich neue Unterkünfte finden und die Integration organisieren müssen. In meinem Wahlkreis, in Uffenheim oder Markt Taschendorf, trat der Unmut zuletzt offen zutage. Kommunen und Gesellschaft sind in absehbarer Zeit an ihren Leistungsgrenzen angelangt, werden aber von SPD, Grünen und FDP im Stich gelassen. Der Einladung der CDU/CSU-Fraktion zu einem „Migrationsgipfel“ nach Berlin folgten jüngst über 350 Landräte und Bürgermeister aus ganz Deutschland. Sie alle berichteten von ihren Erfahrungen und machten keinen Hehl aus Ihrer Enttäuschung über die mangelnde Unterstützung durch den Bundeskanzler oder die Innenministerin. Im Mai soll nun nach vielen Monaten des Hinhaltens ein Gespräch mit der Regierung stattfinden. Doch die Hilfe bei der Finanzierung der Unterbringung ist nur eine kurzfristige Lösung. Langfristig müssen die Zahlen gesenkt werden. Die Aufnahme von 350.000 Menschen jährlich können wir nicht dauerhaft stemmen. Hier ist der Bundeskanzler auch in Brüssel gefordert. Die Maßnahmen liegen auf dem Tisch: EU-weite Angleichung der Asyl-Standards, eine bessere Verteilung, kürzere Asylverfahren, auch außerhalb der EU-Grenzen, schnellere Abschiebungen, die Stärkung des Außengrenzschutzes zur besseren Kontrolle sowie Abkommen mit nordafrikanischen Staaten. Wir müssen Schleppern und Schleusern die Geschäftsgrundlage entziehen, anstatt mit weiteren Anreizen immer mehr Menschen auf die lebensbedrohlichen Routen zu locken.



*„Das Format hat eine lange Tradition - zu Gast waren u.a. schon Franz-Josef Strauß und Edmund Stoiber.“*

## 132. DACHBODENGEPRÄCH IN SCHWABACH

Nach einer langen Coronapause konnte ich endlich wieder am Montag, den 17. April, zum 132. Dachbodengespräch nach Schwabach einladen. Der Bayerische Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, Markus Blume, freute sich, mit Präsidenten und Kanzlern der mittelfränkischen Hochschulen zu Themen rund um den Wissenschaftsstandort der Metropolregion Nürnberg in lockerer Atmosphäre zu diskutieren. Als Vertreter der Städte Nürnberg und Schwabach waren die Oberbürgermeister Markus König und Peter Reiß, sowie Wirtschaftsreferent Dr. Michael Fraas und CSU-Fraktionsvorsitzende Oliver Memmler und Peter Daniel Forster anwesend. Vor dem Dachbodengespräch besuchte ich mit Markus Blume den Goldschläger-Pavillon in Schwabach, wo Goldschlägermeister Werner Auer eine beeindruckende Vorführung des inzwischen aussterbenden Handwerks gab. Ein sichtlich beeindruckter Staatsminister durfte sich dann auch beweisen und den schweren Goldschlägerhammer schwingen. Bei mir zuhause angekommen, eröffnete Markus Blume mit einer kurzweiligen Rede das Dachbodengespräch, das in einer angeregten Diskussion mündete. So konnte nicht nur ein Austausch zwischen den Hochschulleitungen selbst stattfinden, sondern auch gleich Anliegen an den Minister gerichtet werden. Das Dachbodengespräch hat eine lange Tradition. In meiner Anfangszeit als Landtagsabgeordneter ins Leben gerufen, durfte ich u.a. Franz-Josef Strauß, Edmund Stoiber, Dr. Günther Beckstein und Dr. Markus Söder neben anderen wichtigen Persönlichkeiten des politischen und gesellschaftlichen Lebens zu meinen Gästen zählen.

**Karl Freller**  
MdL Nürnberg-Süd

[Website](#)



**„Nürnberg kann Kunst!“**

**Barbara Regitz**  
MdL Nürnberg-Nord

[Website](#)



## THEATER BEDEUTET ANWESENHEIT

Beim Jahresempfang 2023 des Fördervereins Schauspiel Nürnberg e.V. im Nürnberger Schauspielhaus gab es hervorragende Schauspielkunst, launige Unterhaltung und viele Begegnungen. Die Künstler boten Kostproben, die richtig Lust auf einen Theaterbesuch weckten und die Vielseitigkeit der Schauspieler deutlich machten. Sie zeigten sich als Multitalente, sangen und musizierten. Nach Corona-bedingter Pause war dies umso schöner, denn zusammen mit Kammerschauspielerin Adeline Schebesch, Manfred Schmid, Vorsitzender des Fördervereins, und Jan-Philipp Gloger, Schauspielregisseur am Staatstheater Nürnberg, war ich mir einig: Theater bedeutet Anwesenheit. Das Schauspielhaus bietet einen Ort für Kunst und Austausch, das Theater regt zum Nachdenken an und leistet so einen Beitrag zur kulturellen und politischen Bildung. Ich freue mich über unser Mehrspartenhaus in Nürnberg und auf sein großartiges Programm: Nürnberg kann Kunst! Corona war für Kulturschaffende eine schwierige Zeit. Das Schauspielhaus ging mit bestem Beispiel voran, wechselte auch auf die Straße mit dem sogenannten Audio Walk durch Nürnbergs Innenstadt und verstärkte dabei die „Communityarbeit“. Für den Stadtteil Gostenhof findet der Audio Walk am Sonntag, den 30.04.23 um 17.30/18.00/18.30/19.00 und 19.30 Uhr statt. Startpunkt ist die Grünfläche am Plärrer. Ein Audio Walk ist eine Art von Audioführung, bei der das Publikum in kleinen Gruppen auf einer vorgegebenen Strecke geführt wird und dabei Geschichten hört. An interessanten Orten des Stadtteils sind kleine Stationen zum Verweilen geplant.



**„Die Opposition will in den Kernbereich der Exekutive eingreifen, ein Unding!“**

**Jochen Kohler  
MdL Nürnberg-West**

[Website](#)



## U-AUSSCHUSS ZUKUNFTSMUSEUM: OPPOSITION ZIEHT VOR GERICHT

In einer der letzten Sitzungen des Untersuchungsausschusses „Zukunftsmuseum“ hatten nun die Oppositionsparteien sogar Einsicht in die interne Korrespondenz der Staatsregierung beantragt. So sollten Akten beigezogen werden, welche die Bearbeitung von Antworten auf Anfragen der Landtagsabgeordneten beinhaltet hätten. Dieser Antrag wurde im Ausschuss abgelehnt, so dass dieser im Plenum zur Abstimmung stand. Auch hier wurde dies abgelehnt, da dies ganz klar in den Kernbereich der Exekutive eingegriffen hätte. Da die Oppositionsparteien offensichtlich ein Problem mit Mehrheiten zu haben scheinen, haben Sie am 17. April ein sog. Organstreitverfahren beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof mit Antrag auf ein Eilverfahren beantragt. Sie bemängeln, dass die Ablehnung jener Beweisanträge das aus der Bayerischen Verfassung abgeleitete Recht der Antragsteller verletzen würde. Es bleibt festzustellen, dass die Opposition auch verbal zu scharfer Rhetorik greift. Sie bezeichnen die Argumente der Regierungsfractionen als verfassungsrechtlich nicht tragfähig. Ferner würden sie im Parlament die Kontrollfunktion über die Staatsregierung offensichtlich nicht ernst nehmen. Vor dem Hintergrund des Versagens der Bundesregierung („Ampel“) kann einem - gelinde gesagt - schon ein Lächeln über die Lippen kommen. Es bleibt abzuwarten, wie der Verfassungsgerichtshof in dieser Sache entscheidet. Sollte dieser jedoch den Argumenten der Opposition folgen, so steht es außer Frage, dass die Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

**„Gemeinsam anpacken, um Zukunft zu gestalten.“**

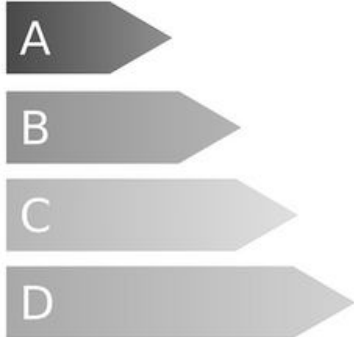
**Hans Herold  
MdL Fürth-Land**

[Website](#)



## ZUKUNFTSPROZESS "BAYERN 2030"

Wie soll Bayern im Jahr 2030 aussehen? Wie wollen wir unser zukünftiges Zusammenleben gestalten? Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich diese und weitere Fragen im Rahmen des Zukunftsprozesses „Bayern 2030“ gestellt. Ich finde, ein wichtiges Thema, gerade im ländlichen Raum, ist Mobilität. Wie gelingt es uns, allen Altersgruppen ein gutes Angebot zu machen, um den Individualverkehr zu reduzieren? Am Land schaffen weite Entfernungen und eine geographisch eher gestreute Nachfrage Herausforderungen, die kreative Lösungen erfordern. Bedarfsangebote wie Anrufsammeltaxis, Rufbusse oder Bürgerbusse müssen hier weiter in den Fokus rücken und ausgebaut werden. Der Landkreis Fürth wie auch der Landkreis Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim haben hier bereits entsprechende Angebote entwickelt. Auch die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren eröffnet gerade Kommunen im ländlichen Raum viele Möglichkeiten, ihren Bürgerinnen und Bürgern weite Wege zu ersparen. In meinem Stimmkreis bewegt sich hier bereits einiges: Das Landratsamt Fürth darf sich – wie auch einige Gemeinden im Stimmkreis – „Digitales Amt“ nennen und bietet mehrere Online-Verfahren an. Das Landratsamt Neustadt a.d. Aisch – Bad Windsheim bietet seit diesem Jahr die Möglichkeit, einen Bauantrag digital zu stellen. Bayern steht für Lebensqualität. Wer in Bayern lebt, lebt gerne hier. Um dies auch weiterhin zu gewährleisten, müssen uns weiterhin auf unsere Stärken besinnen, aber auch neue Ideen zulassen. Wir müssen im Hier und Jetzt anpacken, um die Zukunft zu gestalten. Weitere Artikel zu Zukunftsthemen finden sich [hier](#) in der neuen Ausgabe unseres Fraktionsmagazins Herzkammer.



**„Wohnen muss  
bezahlbar bleiben  
und nicht der  
Ideologie zum  
Opfer fallen!“**

## CSU-FRAKTION GEGEN GEBÄUDESANIERUNGSPFLICHT

Die CSU-Fraktion will Eigentümer und Mieter vor dem Gebäude-Sanierungszwang durch die EU schützen. Dies hat sie in einem Dringlichkeitsantrag gefordert. Das EU-Parlament hat mit den Stimmen von Sozialdemokraten und Grünen extreme Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden auf den Weg gebracht. Konkret bedeutet dies: Bis zum Jahr 2030 sollen alle bestehenden Wohngebäude mindestens die Energieeffizienzklasse „F“ und bis zum Jahr 2033 mindestens die Klasse „E“ erreicht haben. Eigentümerverbände befürchten, dass allein in Deutschland dadurch drei Millionen Gebäude als Wohnraum wegfallen würden, weil sie nicht mehr genutzt werden dürften. Kosten für entsprechende Ersatzneubauten würden den Verbänden zufolge bis zu 1.200 Milliarden Euro kosten und dann auch auf die Mieten umgelegt werden, was zu drastischen Mieterhöhungen führen würde. Aus Sicht der CSU-Fraktion dürfen diese EU-Pläne deshalb nicht umgesetzt werden. Die Fraktion setzt stattdessen auf gezielte Anreize für Gebäudesanierungen. Wir brauchen beim Wohnen Klimaschutz und Bezahlbarkeit! Mit diesem Beschluss zeigt die Mehrheit im EU-Parlament, dass sie sich weit von der Lebensrealität der Menschen in unserem Land entfernt hat. Für viele Eigentümerinnen und Eigentümer bedeutet diese Richtlinie eine Enteignung, weil Sie sich die Zwangssanierung nicht mehr leisten können. Entweder steht der Wohnraum dann leer oder große Wohnungskonzerne kaufen den Bestand auf. In jedem Fall werden die Mieterinnen und Mieter die Kosten für diese ideologisch motivierten Regelungen über massive Mietsteigerungen zahlen müssen. Für uns ist ganz klar: Das ist weder bezahlbar noch umsetzbar. Wir setzen auf realistische Anreize im Kampf gegen den Klimawandel statt auf reine Ideologie.

**Petra Guttenberger  
MdL Fürth**

[Website](#)



**Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach**

CSU Nürnberg-Fürth-Schwabach  
Jakobstraße 46 - 90402 Nürnberg  
E-Mail: [nuernberg@csu-bayern.de](mailto:nuernberg@csu-bayern.de)  
Telefon: 0911/241544-0

Wenn Sie unsere politische Arbeit unterstützen möchten:  
Hypovereinsbank Nürnberg  
IBAN: DE90 7602 0070 0005 4150 20  
BIC: HYVEDEMM460